Wesentliche Inhalte eines in der Ökonomie-Beilage der frz. Tageszeitung Le Monde vom 7.4.2010 erschienen Artikels. Originaltitel: „Comment la pensée économique renaît des cendres de la crise“. Übertragen von Gerhard Kilper.

Im Gefolge des im Jahr 1976 an Milton Friedman verliehenen Wirtschafts-Nobelpreises setzte sich global das neoliberal-monetaristische Dogma als Main-Stream ökonomischen Denkens durch. Der mit der Nobelpreisverleihung eingeleitete Dogmenwechsel wurde in den Industrieländern von Margret Thatcher (1979 bis 1990) und Ronald Reagan (1981 bis 1989) zuerst wirtschaftspolitisch umgesetzt. Der amerikanische Präsident verkündete, für das Funktionieren der Wirtschaft sei der Staat „das Problem“, staatliches Handeln könne Wirtschaftsprobleme nicht lösen.

Kampf gegen Inflation, Unabhängigkeit der Zentralbanken, Deregulierung, Flexibilität des Arbeitsmarktes etc. waren die neuen Schlagworte der konservativen (Konter-)Revolution, die auch von den Weltorganisationen Weltbank und IWF übernommen wurden. Der von Beamten des US-Finanzministeriums zusammen mit Vertretern von Weltbank und IWF formulierte „Washington consensus“ forderte u.a. auch für Entwicklungsländer totale Marktöffnung, Reduzierung der öffentlichen und Sozialhaushalte, Abschaffung bestehender Regulierungsinstitutionen und Exportorientierung als wirtschaftspolitische Priorität.
Da die Umsetzung der neoliberalen Rezepte (wieder wie von 1815-1929) zu schweren Finanzkrisen führte (Lateinamerika, Fernost, Russland etc.), regte sich Widerspruch von renommierten, ebenfalls mit Nobelpreisen ausgezeichnete Ökonomen (der Franzose Allais, der Inder Amartya Sen, die Amerikaner Stiglitz, Krugman, Ostrom und Oliver). Kritik und Denken dieser Ökonomen fand durch die in der aktuellen Weltwirtschaftskrise praktizierte staatlich-konjunkturelle Steuerungsintervention Anerkennung und Bestätigung.
Das klassisch/-neoklassische Denkmodell der sich – über den Eigennutz rational agierender Wirtschaftssubjekte – am Besten selbst steuernden Märkte war lange Zeit zur „offensichtlichen“ Wahrheit (in der öffentlichen Wahrnehmung) geworden. Dasselbe galt für die neoklassische Vorstellung vom Geld als „Schleier“, dessen Menge zwar Einfluss auf das Preisniveau, nicht aber auf die Produktion selbst haben könne.

Die jüngste ökonomische Krisen-Realität zerstörte gründlich die neoklassischen Thesen bzw. die Krise zeigte deren ideologische Bedingtheit und Begrenztheit. Daher stellen heute Ökonomen wieder ganz grundsätzlich neue Fragen. Der jüngst ernannte Chefvolkwirt des IWF, Olivier Blanchard, und andere Ökonomen entwickelten etwa, ausgehend von Keynes wirtschaftstheoretischer Konzeption, vergleichsweise realistischere und vernünftigere wirtschaftspolitische Modelle als die neoliberale Utopie.

Christian Walter, Wirtschaftsforscher am Forschungszentrum zur Analyse finanzieller

Risiken (Cefra) in Lyon, meint, die Neoklassik habe zwar in ihren Modellen auf wirtschaftlich-finanzielle Risiken hingewiesen und versucht, sie mit Hilfe von Wahrscheinlichkeitsrechnungs-Modellen einzugrenzen. Aber schon in den 1920-Jahren habe Keynes auf den Sachverhalt möglicher völliger Unsicherheit (wirtschaftlicher Entwicklung) hingewiesen, der sich nicht als Wahrscheinlichkeitskalkül erfassen lasse. Walter berichtet weiter, Keynes habe im Kapitel 12 seiner „General Theory" als Konsequenz des Unsicherheits-Sachverhalts die Ermöglichung wirtschaftlichen Handelns durch Schaffung eines stabilen Umfelds gesellschaftlicher Vereinbarungen („conventions") vorgeschlagen. Neue, auf diesem Keynesschen Ansatz basierende wissenschaftliche Denkrichtungen würden künftig zweifellos an Bedeutung gewinnen. Zunächst müsse jedoch die Vorherrschaft der am „kalkulierbaren Risiko" ausgerichteten Praxis und Theorie neoliberaler Wirtschaftspolitik gebrochen werden. So beruhten die jüngst beschlossenen internationalen Regulierungs-Vereinbarungen zum Bankensystem, zum Versicherungswesen oder zum Unternehmens-Management immer noch auf dem Risikogedanken bzw. den Modellen rationalen Verhaltens der Neoklassik und blendeten den von Keynes hervorgehobenen Unsicherheits-Sachverhalt völlig aus. Damit hätten sich die Regulierer faktisch auf Regeln für genau dasjenige pathogene Spiel verständigt, das die Ursache der Krise sei.
Nach Walter schrecken die Staaten davor zurück, ihre wirtschaftspolitischen Strategien trotz deren offenkundigen Versagens in Frage zu stellen. Haupthindernis für einen Politikwechsel seien die politischen Machtverhältnisse – das beweise etwa das Zurückweichen vor dem Druck der britischen Regierung bei der Regulierung der Hedge Funds oder auch das Hin und Her bei den Entschuldungshilfen für Griechenland durch den Druck der deutschen Regierung.

Véronique Riches-Flores, Chefvolkswirtin der Bank Société Générale, ist u.a. der Meinung, Umrisse einer neuen, auch auf die gesellschaftlichen Verhältnisse einwirkenden Wirtschaftspolitik zeichneten sich schon ab. Jedenfalls sei die seit 20 Jahren global propagierte Wirtschaftspolitik der Preisstabilitäts-Priorität in der Wirtschaftskrise in sich zusammengebrochen. Vorrang müsse jetzt staatliches Handeln zur (konjunkturellen) Nachfragesteuerung, zur Förderung strukturellen Wachstums, zur Bewältigung des Schulden-Krisenerbes und zur Regulierung der Märkte haben.
In die richtige Richtung geht nach Riches-Flores auch die Infragestellung der deutschen Wirtschaftspolitik durch die französische Wirtschafts- und Finanzministerin Christine Lagarde, die wie folgt zitiert wird: „Deutschland galt bis vor kurzem als nachzuahmendes Modellvorbild angebotsorientierter Wirtschaftspolitik. Heute sagen wir den Deutschen: schafft Nachfrage!"

Weltweit ändere sich die wirtschaftspolitische Doktrin auch durch die sehr viel stärker staatlich gesteuerte Wirtschaftspolitik der Schwellenländer. Nach Riches-Flores sind Beschränktheit und Grenzen neoliberaler Ideologie als ökonomischer Glaube von gestern offenkundig geworden. Sie folgert daraus, das neue ökonomische Denken müsse der Dynamik der realen Welt gerechter werden.